

Pressebericht Salzgitter Zeitung vom 22.07.2016

So wollen die Parteien die Wahl gewinnen

Salzgitter Fast alle Programme sehen eine Stärkung von lokaler Wirtschaft, Kultur und Bürgerbeteiligung vor

Von Michael Kothe

Die sechs im Rat vertretenen Parteien legen sich fest. In ihren Programmen zur Kommunalwahl am 11. September buhlen SPD, CDU, FDP, Grüne, MBS und Linke mit kommunalpolitischen Forderungen um die Gunst der Bürger.

Das will die SPD

Sehr früh legte sich die SPD fest. Im vielseitigen Hochglanz-Faltblatt „Miteinander für Salzgitter – und so machen wir das“ gingen die Sozialdemokraten schon während der Kreisdelegiertenkonferenz Ende Februar programmatisch an den Start. Ihre Vorstellungen erläutert die Partei in einem Sechspunkte-Programm. Für „Wirtschaft und Beschäftigung“ sollen vor allem Stahl und Mobilität, ein starker Mittelstand

und zunehmend der Tourismus sorgen: Wichtig sind die Bekenntnisse zum Industriepark Watenstedt, zur Breithandversorgung, zum geplanten Möbelhaus in Thiede und zu einem Online-Marktplatz. Mit „Städtebau, Wohnen und Verkehr“ zielt die SPD etwa auf ein Handlungsprogramm zum Abbau des Wohnungsleerstands, städtebauliche Sanierungsprogramme und bessere Verkehrsanbindung zwischen Lebenstedt und Braunschweig. Nein zum Endlager Konrad ist die zentrale Aussage im Programmpunkt „Schutz von Mensch und Umwelt“, für „Bildung, Kinder und Familie“ setzt die SPD weiter auf Schul- und Kita-Sanierung, aber auch auf den Bau des Lehrschwimmbeckens für Gebhardshagen. Mehr Integration für Migranten und die Einführung eines Sozialpasses sind unter dem Titel „Senioren, Soziales, Integration und Inklusion“ zu finden, bei „Kultur, Sport, Freizeit und Erholung“ setzt die Partei auf den Ausbau der Kulturangebote und einen Umsetzungsplan für die Fortentwicklung des Salzgittersees, bereits festgelegt ist der Bau einer Seepromenade.



SPD-Unterbezirks-Chef Michael Lettor.

und zunehmend der Tourismus sorgen: Wichtig sind die Bekenntnisse zum Industriepark Watenstedt, zur Breithandversorgung, zum geplanten Möbelhaus in Thiede und zu einem Online-Marktplatz. Mit „Städtebau, Wohnen und Verkehr“ zielt die SPD etwa auf ein Handlungsprogramm zum Abbau des Wohnungsleerstands, städtebauliche Sanierungsprogramme und bessere Verkehrsanbindung zwischen Lebenstedt und Braunschweig. Nein zum Endlager Konrad ist die zentrale Aussage im Programmpunkt „Schutz von Mensch und Umwelt“, für „Bildung, Kinder und Familie“ setzt die SPD weiter auf Schul- und Kita-Sanierung, aber auch auf den Bau des Lehrschwimmbeckens für Gebhardshagen. Mehr Integration für Migranten und die Einführung eines Sozialpasses sind unter dem Titel „Senioren, Soziales, Integration und Inklusion“ zu finden, bei „Kultur, Sport, Freizeit und Erholung“ setzt die Partei auf den Ausbau der Kulturangebote und einen Umsetzungsplan für die Fortentwicklung des Salzgittersees, bereits festgelegt ist der Bau einer Seepromenade.

Das will die CDU

„Auf Kurs bleiben – wir für Salzgitter“: So überschreibt die CDU ihr Wahlprogramm und unterteilt es in sieben Schwerpunkte. Arbeit und Wirtschaft – „neue Chancen durch wirtschaftliche Handlungsfähigkeit“ heißt für die Partei, etwa die neue Batterie-Fabrik von VW zu stärken, ein neues Industrie- und Gewerbegebiet zu schaffen



Bisher sind im Stadtgebiet nur wenige Plakate zur Kommunalwahl am 11. September 2016 zu sehen. Als erste warb die SPD für sich.

Baugebiete, aber auch eine bessere und engere Verzahnung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). „Wir stehen für Umwelt- und Naturschutz mit Augenmaß“ kündigt die CDU an, verspricht einen bürgerfreundlichen Ausbau von Windkraftanlagen und eine behutsame Weiterentwicklung des Salzgittersees etwa durch einen „dauerhaften und uneingeschränkten Zugang“. Für ein „soziales und integratives Salzgitter“ will sich die Union stark machen etwa durch Inklusion, Förderung des Ehrenamts, Bürgerbeteiligung und Stärkung des Kulturangebots. Eine „bessere und vielfältigere Bildung für alle“ will die CDU durch Schulvielfalt und konsequente Fortführung des Schulsanierungsprogramms erreichen. „Wir stehen für Familie und gute Kinderbetreuung“ – das heißt vor allem: Ja zu beitragsfreien Kitas. Zuletzt lehnt die Union unter dem Ruf nach dauerhafter Eigenständigkeit Salzgitters die Ausweitung des Zweckverbands ab und will weitere, gezielte interkommunale Zusammenarbeit.



CDU-Kreisvorsitzende Claudia Körner.

Das will die FDP

Unter dem Motto „Unser Weg ist und bleibt die politische Mitte“ nennt der FDP-Kreisverband für Salzgitter sieben Ziele. Mit dem Stichwort „Bildung“ verbinden die Liberalen für Eltern und Kinder freie Wahl der Schulstandorte und

stützen sei. Besonders will sich die Partei der Unternehmensgründer annehmen. „Kunst und Kultur“ halten die Liberalen als „Quellen der Inspiration und Innovation“ grundsätzlich für förderungswürdig – ohne konkrete Beispiele für Salzgitter zu nennen. Unter dem Stichwort „Öffentliche Finanzen“ wirft die FDP der Stadt vor, den wahren Schuldenstand, den die Partei auf mehr als 900 Millionen Euro schätzt, zu verschleiern. Einsparungsvorschläge machen die Liberalen nicht, betonen allerdings, sie würden „streng die Notwendigkeit und die Finanzierbarkeit von Vorhaben überprüfen“. Am Ende unterstreicht die Partei die große Bedeutung der Bürgerbeteiligung und das Ziel, „Familien bei der Erfüllung ihrer familienbezogenen Aufgaben zu stärken“.

Das will die MBS

Die Kinder- und Familienfreundlichkeit sei zu stärken – das nennt die MBS als erstes von sechs Zielen in ihrem Wahlprogramm, angedockt ist das Versprechen, das Ehrenamt und die Ortswehren weiter zu fördern. Salzgitter zu einer „Stadt für alle“ weiterentwickeln – das will die MBS etwa durch Erstellung eines Inklusionskonzepts, durch stärkere Bürgerbeteiligung durch „Mängelmelder“ in der Verwaltung und durch den Ausbau des Online-Angebots städtischer Dienstleistungen. „In nur 15 Jahren muss Salzgitter die Schuldenfreiheit er-



MBS-Ratsherr Stefan Reißmann.

erhöhen, will sich die Wählergemeinschaft stark machen für ein Tourismuskonzept, das mit den Bürgern entwickelt wird. Eine ausgewogene Stadtplanung, die Wohnbauflächen sichert und das Stadtbild verschönert, findet sich als fünftes Ziel. Um abschließend Umwelt, Tiere und das Klima zu schützen, fordert die MBS etwa die Stärkung des regionalen Nahverkehrs.

Das will die Linke

„Für soziale Gerechtigkeit und Demokratie“ überschreibt die Linke ihr Wahlprogramm für Salzgitter mit acht Thesen. Unter dem Aufruf „Lokale Demokratie ausbauen“ vereint die Partei unter anderem die später wiederholte Zusage, sich für die Rekommunalisierung des Klinikums, mehr Bürgerbeteiligung bei Ratsentscheidungen und eine Ehrenamtskarte einzusetzen. Den „Kampf gegen die Armut“ will die Linke aufnehmen etwa mit einem regionalen Zukunftsinvestitionsprogramm, das Gewerkschaften und Betriebsräte mit erarbeiten sollen. Unter dem Stichwort „Gesundheit“ fordert die Linke etwa mehr Personal im ärztlich-medizinischen Bereich ein. „Alt werden in Salzgitter“ – das bedeutet für die Partei: mehr altersgerechte Wohnungen, eine stärkere Kontrolle von Alten- und Pflegeheimen, Daran knüpft auch die Forderung nach „guten Pflegeangeboten“ an. „Kinder, Jugendliche und gute Bildung“ sieht die



Linken-Kreisvorsitzender Rainer Nagel.

Das wollen die Grünen

„Grün ist die Liebe“ ist das 30-seitige Wahlprogramm der Grünen. Sieben Themen drehen sich um Naturschutz, Stadt- und Verkehrsplanung, Mensch und Familie, Wirtschaft, Finanzen und sowie naturnahen Erlebnismus. In einer Liste mit 26 Forderungen lässt die Partei auf einen Blick erkennen, woraufes ihr kommunalpolitisch ankommt. Wie die Linke setzen auch die Grünen auf Einführung einer Ehrenkarte, versprechen, die Verbote zu stärken und zu umsetzen. Vorrangig bleibt natürlich der Schutz der Umwelt, der unter anderem flankiert wird von der Forderung nach einem eigenen Fachdienst im Rathaus zur Einrichtung von Umweltauswärtigen, der Umsetzung eines Schutzkonzeptes und der Einführung einer Baumschutzkarte. Auch verkehrt hat das die Grünen Folgen: Sie fordern den Ausbau und Sanierung des Radnetzes, wollen aber auch eine Förderung des ÖPNV. Im Fokus der Partei: ein Nein zu Schacht Konrad und Zukunftsperspektive für den Wohnort von Watenstedt, der der Industrie fern soll.



Grünen-Vorstandspräsident Harald Wittenberg.

